

G 4511 E

libertal

Heft 7/8

21. Jahrgang

Juli/August 1979

Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung

GÜNTER VERHEUGEN

Partei der Freiheit

WALTER SCHEEL

Summe einer Amtszeit

INGO VON MÜNCH

Abnormitäten der Normalisierung — Gedanken zum deutsch-polnischen Verhältnis

FRANCIS ROSENSTIEL

Europäische Integration: Bürgerrecht, Schutz und Loyalität

Südafrikas Herausforderung an die Liberalen¹⁾

Klaus von der Ropp

I Die F.D.P. und die Liberalen Südafrikas

Keiner anderen politischen Partei in der Bundesrepublik sollte es so leicht wie der F.D.P. fallen, eine konstruktive Politik gegenüber den so komplexen Problemen der Republik Südafrika zu formulieren. Denn einzig die Liberalen verfügen unter allen Bevölkerungsgruppen des Mehrvölkerstaates Südafrika über natürliche Gesprächspartner und sogar Verbündete. Zu nennen sind hier vor allem die – in Afrika fast eine einzigartige Erscheinung – liberale *Progressive Federal Party* (PFP) der Weißafrikaner, die mächtig gewordene INKATHA-Bewegung des weiterhin wichtigsten schwarz-afrikanischen Politikers Umtwana Mangosuthu Gatsha Buthelezi, die *Labour Party* der gemischtrassigen Südafrikaner sowie die *Reform Party* der indienstämmigen Südafrikaner. Mit Ausnahme der PFP handelt es sich bei diesen Parteien nicht um liberale Gruppierungen. Jedoch sind sie, und einzig das erscheint hier relevant, die bevorzugten und ständigen, gleichfalls auf einen friedlichen Ausgleich bedachten Dialogpartner der weißafrikanischen Liberalen bei ihrer Suche nach der Ersetzung des ruchlosen Systems der Apartheid durch eine neue, gerechte Verfassungsordnung für Südafrika. Die PFP dürfte auch die einzige Partei der weißen Südafrikaner sein, die sich auch um Gespräche mit solchen schwarz-nationalistischen Einzelpersonlichkeiten (und Organisationen) bemüht, die den in Südafrika verbotenen Befreiungsbewegungen ANC und PAC nahestehen. Zu nennen sind hier etwa Nthato Motlana, Percy Qoboza, Desmond Tutu und der Ende 1977 im Polizeigewahrsam liquidierte Steve Biko. Allerdings ist die Kompromißbereitschaft dieser schwarzen Südafrikaner heute dem Nullpunkt sehr nahe. Entsprechend mühselig sind ihre Debatten mit den PFP-Vertretern über die künftige Ordnung Südafrikas. Denn die PFP wird sich, was in Westeuropa allzu häufig übersehen wird, immer zu zwei gleichberechtigten und gleichwertigen Postulaten bekennen: dem nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der übergroßen schwarzen Mehrheit Südafrikas (ca. 70 v. H.

1) Der nachstehende Aufsatz knüpft an drei frühere Beiträge des Verfassers zu den Problemen des südlichen Afrikas an, und zwar liberal 1977/Heft 3, S. 200–210 (Rhodesien/Zimbabwe); 1977/Heft 4, S. 268–280 (Südafrika/Azania) und 1977/Heft 8/9, S. 604–616 (Südwestafrika/Namibia).

aus einer Gesamtbevölkerung von ca. 28 Mio. Menschen) sowie dem nach einer machtpolitischen Absicherung des Existenzrechts der weißen, gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner (17, 10 bzw. 3 v. H. der Gesamtbevölkerung).

II Vom Selbstverständnis der südafrikanischen Liberalen

Diese Gespräche finden in einem Land statt, das, und hierin liegt möglicherweise die wichtigste Ursache seines oft unaufhaltsam erscheinenden Marsches in die Tragödie, vor allem daran leidet, daß es an wirklicher Kommunikation zwischen den Gruppen der weißen, schwarzen und braunen Afrikaner fehlt. Der weiße Afrikaner hat in Südafrika dem Schwarzen und Braunen seinen Platz zugewiesen und besteht allzu häufig auf der Bewahrung des bestehenden, gelegentlich immer noch als gottgewollt verstandenen Systems der Apartheid. Die Liberalen Südafrikas haben diese Ordnung immer als Verhöhnung alles dessen angesehen, wofür sie stritten, und von daher die Apartheid auf das schärfste bekämpft. Sie sind, obwohl von der Zahl her oft nur mit ganz wenigen Abgeordneten im Parlament vertreten, nie müde geworden, südafrikanische Mißstände aller Art anzuprangern. Hier war im Parlament zu Kapstadt immer eine Elite am Werk ²⁾.

In einer Gesellschaft wie der Südafrikas, die mehr und mehr durch Furcht, Bitterkeit, Polarisierung und, daraus resultierend, eine Atmosphäre der permanenten Revolte geprägt werden wird, bedarf es dazu 1979 eines Engagements und Mutes, die von den westeuropäischen Liberalen unserer Tage wohl kaum noch nachvollzogen werden können. Um so mehr bedürfen die weißafrikanischen Liberalen und ihre schwarzen und braunen Verbündeten der Solidarität und aktiven Unterstützung der F.D.P. und der mit ihr zur FLIDPEG ³⁾ zusammengeschlossenen übrigen liberalen Parteien der EG. Ihre Vorstellungen von einer Lösung der Probleme Südafrikas gilt es, sorgfältig zu analysieren. Hier bietet sich in der Tat die Basis für eine ebenso liberale wie konstruktive Südafrika-Politik an. Die angesichts der ökonomischen und strategischen Bedeutung Südafrikas für Europa sowie der, hier besonders deutlich spürbaren, amerikanischen Führungsschwäche mit Sicherheit bevorstehenden Südafrika-Debatten des Europäischen Parlaments wie auch des Deutschen Bundestages werden dazu reiche Gelegenheit bieten. Auch die Anregung des für die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft zuständigen EG-Kommissars Claude Cheysson, eine Konferenz der Europäischen Gemeinschaft über Fragen des Südlichen Afrikas (März 1979/Lusaka) einzuberufen, unterstreicht die Notwendigkeit, endlich zu einer konstruktiven Südafrika-Politik zu kommen.

2) Hier sind auch die vielen vorzüglichen Schriften des South African Institute of Race Relations (Johannesburg) einzuordnen. S. dazu etwa jüngst Sean Moroney and Linda Ensor »The Silenced/Bannings in South Africa«, Johannesburg, 1979, 56 S.

3) Zu FLIDPEG jüngst Volkmar Kallenbach »Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten« in »Aus Politik und Zeitgeschichte« (Bonn) B 14/79, S. 32–46.

III Schwächen und Stärken der südafrikanischen Liberalen

Das geltende reine Mehrheitswahlrecht führt in Südafrika ähnlich wie in Großbritannien dazu, daß nur 17 von insgesamt 165 Parlamentariern der PFP angehören, obwohl diese Partei bei den jüngsten Wahlen zum (weißen) Parlament Ende 1977 ca. 20 v. H. der Stimmen erhielt. Demgegenüber verfügt die regierende *Nasionale Party van Suid-Afrika* (NP) heute über mehr als vier Fünftel der Abgeordnetensitze. Die PFP hat also nach menschlichem Ermessen überhaupt keine Chance, als Partei die NP jemals in der Regierungsverantwortung abzulösen. Und dennoch hat die PFP im politischen Kräftespiel Südafrikas möglicherweise eine sehr wichtige Funktion. Dafür sprechen u. a. die folgenden Überlegungen: nur aus der Geschichte des weißen Südafrikas heraus verständlich ist die heute noch so souverän herrschende NP seit eh und je eher eine »volksbeweging« als eine politische Partei herkömmlich westlicher Art. Die prekäre Lage in Südafrika selbst wie auch die nicht stabile Stellung dieses Landes im internationalen System, hier insbesondere die rapide Verschlechterung der Beziehungen Pretorias zum Westen (vor allem den USA), die daraus resultierenden scharfen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des *Afrikanerdoms* über den künftigen politischen Kurs des Landes sowie die sich aus dem »Informations-Skandal« ergebenden Legitimationsprobleme lassen es heute als möglich erscheinen, daß sich die NP, ihrem besonderen Charakter zum Trotz, spalten wird. Ihre sehr zahlreichen konservativen und ultrakonservativen Gruppierungen werden sich dann wohl einem schlicht reaktionären Kurs verschreiben. Die wenigen liberalen und recht zahlreichen »verligten« Gruppen innerhalb der NP könnten dann aber durchaus die wertvollsten Fraktionen der PFP in sich aufnehmen. Denn deren in der Regel nur in innerparteilichen Zirkeln der NP geäußerten Vorstellungen von einer Revolution von oben sind dem in aller Offenheit vorgetragenen Programm der PFP in vielem sehr ähnlich. Eine solche Neuordnung im weißafrikanischen Parteiwesen könnte schließlich günstigstenfalls dazu führen, daß, natürlich aus den Reihen der heutigen NP, eine Persönlichkeit von der Art eines *afrikaansen* Charles de Gaulle die Regierungsverantwortung in Pretoria übernimmt. Das würde die dortige politische Scenerie radikal verändern. Für diese Rolle einer *afrikaansen* Führergestalt bietet sich heute allem Anschein nach Gerrit Viljoen an, der Vorsitzende des *Broederbondes*, jener geheimen burischen Bruderschaft⁴⁾, die nicht selten als die geheime Regierung des weißen Südafrikas bezeichnet wird.

IV Selbstbestimmungsrecht versus Minderheitenschutz

Über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, hatte die PFP geglaubt, die sich aus der einzigartigen Heterogenität seiner Bevölkerung ergebenden Probleme Südafrikas dadurch lösen zu können, daß sie sich dafür verwandte, die braunen und schwarzen Südafrikaner stufenweise (»qualifiziertes Wahlrecht«) in das

4) S. dazu »Macht und Ohnmacht des Afrikaner Broederbond« in NZZ vom 15./16. April 1979 S. 5.

Wert- und Ordnungssystem der weißen Afrikaner einzugliedern⁵⁾. Man hoffte so, an der Südspitze Afrikas eine nicht-rassistische, westlich-demokratische Gesellschaft aufzubauen. Die Entwicklungen im post-kolonialen Afrika, nicht zuletzt in Angola und Mozambique nach dem Abzug der portugiesischen Kolonialmacht haben diese Vorstellungen der PFP als große Illusion, ja als Naivität enthüllt. Der Weg des nachkolonialen Afrikas hat bekanntlich nirgendwo nach Westminster geführt. Die weißen Minderheiten wurden obendrein von den neuen Machthabern in den Südafrika benachbarten Staaten Angola und Mozambique, allen früheren, wohlklingenden Bekundungen zum Trotz, erbarungslos vertrieben. Und es würde an ein Wunder grenzen, wenn die weißafrikanischen Siedler in SWA/Namibia und Rhodesien/Zimbabwe nicht über kurz oder lang dasselbe Schicksal erleiden würden. In der Republik Südafrika aber scheidet, es sei denn, es käme dort zu einem Krieg apokalyptischen Ausmaßes, eine solche »Endlösung« aus. Die Liberalen Südafrikas gehen bei aller noch so scharfen Kritik an dem herrschenden südafrikanischen Unrechtssystem davon aus, daß hier im Lauf von mehr als drei Jahrhunderten, ähnlich wie etwa in Kanada, Neuseeland und Australien, eine weiße, nicht-europäische Nation entstanden ist, die über alles bereit sein sollte, mit sich reden zu lassen, – mit einer Ausnahme: ihr Existenzrecht kann niemals Gegenstand von Verhandlungen sein. Das wird erstaunlicherweise in der Außenwelt allzu häufig auch von Liberalen übersehen. Denn auch in ihren Verlautbarungen zum Südafrika-Problem ist kaum jemals von dem Erfordernis der machtpolitischen Absicherung des Existenzrechts der weiß- und braunafrikanischen Minderheiten die Rede.

Die Feststellung Egon Bahrs hingegen⁶⁾, es gelte, »ein bisher unbekanntes Modell des gleichberechtigten Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten« für Südafrika zu entwickeln, könnte den zentralen Passagen des PFP-Programms von Mitte November 1978 entnommen sein. Wer die Machtverhältnisse in Südafrika analysiert, wird der These nichts entgegenzusetzen haben, daß der Weg zur Befreiung der schwarzafrikanischen Mehrheit über die machtpolitische Absicherung des Existenzrechts der weiß- und braunafrikanischen Minderheiten führt. Schon die Entschlossenheit und die militärische Stärke der weißafrikanischen Minderheit gebieten, ihr eine Perspektive für die eigene Zukunft zu zeigen, will man nicht ein Inferno auslösen. Wer das übersieht, ist letztlich Dilettant und wird auch in den Augen der südafrikanischen Liberalen nichts zur Beilegung des Südafrika-Konfliktes beitragen

5) S. dazu etwa Helen Suzman »The Progressive Party's Programme for a multi-racial South Africa«, S. 227–244 in Nic Rhodie »South African Dialogue«, Johannesburg, 1972

6) Aus einem Interview mit dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt (Hamburg) vom 10. Juli 1977, S. 8. S. dazu ferner die Ausführungen Jürgen Todenhöfers zum Thema Selbstbestimmungsrecht/Minderheitenschutz in Deutscher Bundestag/Stenographischer Bericht – 8. Wahlperiode – 35. Sitzung (22. Juni 1977), S. 2659.

können⁷⁾. Hier also liegen Chance und Verantwortung liberaler westlicher Südafrika-Politik.

V Leitlinien der Programm-Diskussion der PFP

Unter dem Eindruck der Revolte schwarzer Südafrikaner in den Jahren 1976/77 und der weiteren Entwicklungen im übrigen südlichen Afrika⁸⁾ konstituierte sich Ende 1977 unter Führung des heute wohl profiliertesten südafrikanischen Liberalen, Frederick van Zyl Slabbert, das Verfassungs-Komitee der PFP. Der Bericht dieses Komitees war dann Mitte November 1978 in Durban Gegenstand des Bundesparteitages der PFP. Dort wurde das weitgehend auf diesem Bericht basierende neue Parteiprogramm der südafrikanischen Liberalen verabschiedet. Es besteht im wesentlichen aus zwei Elementen: Zum einen wird die Einberufung einer Nationalen Konvention gefordert, bei der die Vertreter aller vier südafrikanischen Bevölkerungsgruppen gemeinsam eine neue Verfassungsordnung für Südafrika erarbeiten sollen. Zum anderen stellt die PFP erstmals ihre eigene Position für eine solche Verhandlungsrunde vor. Hier propagiert sie ein System einer institutionalisierten Aufteilung der staatlichen Macht auf die Bevölkerungsgruppen, d. h. eine Konkordanz-Demokratie oder ein System einer Permanenten Großen Koalition. Zumindest beiläufig sei erwähnt, daß sich das Verfassungs-Komitee der PFP in vielen Punkten auf die Erkenntnisse der überall in Südafrika stark beachteten, Mitte 1978 vorgelegten Studie des Arnold-Bergstraesser-Instituts/Freiburg zur Wandlungsbereitschaft weißer und Wandlungserwartung schwarzer Südafrikaner im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich stützte⁹⁾. Und dies zu Recht! Handelt es sich doch bei dieser Arbeit, bei deren Erstellung auch viele hervorragende Südafrikaner mitwirkten, um eine wahre Fundgrube für Liberale!

1) Einberufung und Funktionen einer Nationalen Konvention

Das gegenwärtige System weißafrikanischer Dominanz führt in den Augen der südafrikanischen Liberalen zwangsläufig von der gegenwärtigen Rassen-Konfrontation zu einem bewaffneten Konflikt. Einzig durch die Einberufung einer Nationalen Konvention zur Erarbeitung einer neuen Verfassung kann ihres Erachtens eine solche Entwicklung verhindert werden. Soll die Arbeit

7) Daran leidet ein sehr großer Teil des »progressiven« Schrifttums. So jüngst »33 Thesen zur deutschen Afrika-Politik« in Helmut Bley/Rainer Tetzlaff (Hrsg.) »Afrika und Bonn/Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik«, Hamburg, 1978, S. 291-299.

8) Dazu jüngst Klaus Frhr. von der Ropp »Afrikas Süden zwischen Neuordnung und Chaos« in Außenpolitik vol. 30 Nr. 2 (1979, 2. Quartal), S. 221-237.

9) Theodor Hanf, Heribert Weiland, Gerda Vierdag »Südafrika; Friedlicher Wandel?/Möglichkeiten demokratischer Konfliktregelung - Eine empirische Untersuchung«, München/Mainz 1978.

Vgl. damit den »Report of the Constitutional Committee of the Progressive Federal Party and Policy Decisions made by the Federal Congress of the P.F.P. at its Federal Congress held in Durban on 17th and 18th November 1978«.

dieser Konferenz von Erfolg gekrönt sein, so müssen in den Augen der Liberalen sämtliche Teilnehmer bereits vor ihrem ersten Zusammentreffen vor allem die folgenden Einschränkungen als verbindlich akzeptieren:

- a) die neue Verfassung anerkennt die Bürgerrechte aller Südafrikaner ohne Unterschied ihrer Rasse, Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer Religion;
- b) die neue Verfassung verhindert, daß eine der (schwarzen, weißen, braunen) Bevölkerungsgruppen eine oder mehrere der anderen politisch beherrscht. Das bedeutet u. a., daß die PFP das vor allem von den südafrikanischen Befreiungsbewegungen ANC und PAC, den Vereinten Nationen wie auch der OAU sowie, zumindest incidenter, einer schnell wachsenden Zahl politischer Parteien westlicher Länder propagierte, herkömmliche System »*one-man-one – in einem Staat*« ausdrücklich für alle Zukunft zurückweist.

Denn ein solches System führte in Südafrika zwangsläufig zur Beherrschung der weiß- und braunafrikanischen Minderheiten durch die übergroße schwarzafrikanische Mehrheit (ca. 70 % der Gesamtbevölkerung). Es böte den Minderheiten nicht den Schutz, dessen sie bedürfen und den sie notfalls unter Einsatz aller ihrer staatlichen und ökonomischen Macht¹⁰⁾ beanspruchen werden, bevor sie auf ihre gegenwärtige Herrschaftsposition verzichten. Berechtig zur Teilnahme an einer Nationalen Konvention sind, entsprechend ihrer jeweiligen Stärke, sämtliche politischen Parteien der weißen, braunen und schwarzen Südafrikaner, soweit sie nicht im Zeitpunkt der Einberufung dieser Konferenz der Gewalt und/oder Subversion das Wort reden.

Es kann wohl kaum zweifelhaft sein, daß INKATHA, die Labour Party der gemischtrassigen, und die Reform Party der indienstämmigen Südafrikaner wie auch die Verantwortlichen in den Reservaten (»Homelands«) alledem letztlich zustimmen würden. Hingegen weisen, aus sehr unterschiedlichen Gründen, die herrschenden Weißen und die radikalen Schwarzen das Gros der Vorstellungen der PFP zurück. Die ersteren wollen letztlich entweder den Status quo bewahren oder aber, wiederum mittels eines weißafrikanischen Diktats, die bestehende Ordnung durch eine »*verligte*« Version der Apartheid, eine Art Apartheid mit menschlichem Antlitz ersetzen. Und die radikalen Schwarzen bestehen darauf, daß ausschließlich sie mit den Weißen verhandeln, wobei diesen Verhandlungen dann wohl nur die Bedeutung zukäme, daß die Weißen zugunsten der radikalen Schwarzen eine Kapitulationsurkunde zu unterzeichnen hätten. So sind die Hindernisse auf dem Weg zur Einberufung einer Nationalen Konvention groß. Sie werden vielleicht niedriger sein, wenn, was gewiß nicht auszuschließen ist¹¹⁾, die Erwartungen beider Seiten nach den ersten Phasen eines Bürgerkrieges mit internationalen Implikationen gedämpft

10) S. zu den von Ausländern sehr oft falsch eingeschätzten Machtverhältnissen in Südafrika den sehr fundierten Beitrag von Heribert Adam »Die Zukunft der Rassenoligarchie/Südafrikanische Liberalisierungsstrategien angesichts wachsender Systemkosten« in Vereinte Nationen (Bonn) vol. 26 Nr. 6 (1978. 12), S. 189–193.

worden sind. Vielleicht muß sogar, so deprimierend eine solche Erkenntnis auch ist, vor Einberufung einer Nationalen Konvention in Südafrika das Stadium einer militärischen »no-win-situation« eingetreten sein.

2) Konkordanzdemokratie für Südafrika?

Die PFP strebt an, das Gebiet Südafrikas, incl. der scheinbar unabhängigen Reservate Transkei und BophutaTswana, im Sinne eines herkömmlichen Bundesstaates (Kanada, Australien, BR Deutschland usw.) neu zu gliedern. Die Landes- wie auch das Bundesparlament sollen, allen schlechten Erfahrungen im übrigen Afrika zum Trotz, aus herkömmlich westlichen, nach dem Verhältniswahlrecht abgewickelten Wahlen hervorgehen. Der Demokratie soll also in Afrika eine weitere Chance eingeräumt werden. Sämtliche im Parlament vertretenen Fraktionen stellen, soweit sie eine gewisse Stärke erreicht haben (eine Art 5 v. H.-Klausel), Mitglieder der Landes- oder Bundesexekutive. Von daher wird hier von einem Regierungssystem einer Permanenten Großen Koalition gesprochen. Der Schutz der drei südafrikanischen Minderheiten macht jedoch nicht bei dieser, in der Verfassung verankerten Regierungsbeteiligung halt. Denn der Verfassungsentwurf der PFP sieht ferner vor, daß die jeweiligen Exekutiv- bzw. Legislativorgane grundsätzlich im Konsensus zu entscheiden haben. So wird Minderheitsfraktionen, die etwa 10 bis 15 v. H. stark oder stärker sind, grundsätzlich bei allen wichtigen Entscheidungen ein Veto-Recht zubilligt¹²⁾.

Die Frage ist, ob solche »paper-guarantees« dem legitimen Schutzbedürfnis der drei Minderheiten genügen können. Wer sich das in Jahrhunderten gewachsene Klima von Bitterkeit, Haß und wechselseitiger Furcht und, daraus resultierend, die ständig wachsende Polarisierung vor allem zwischen Schwarz und Weiß vor Augen hält, wird jene nüchternen Liberalen verstehen, die hier eine verneinende Antwort geben. So ist in diesen Kreisen, ohne daß dies irgendwo nachzulesen wäre, u. a. davon die Rede, die Polizei wie auch die Streitkräfte so auf die weißen/braunen bzw. schwarzen Südafrikaner zu verteilen, daß eine Seite die andere unter Einsatz staatlicher Mittel zwingen kann, die einmal ver-

11) S. dazu jüngst zu einer noch nicht näher bekannten US-amerikanischen Studie »Two scenarios for Africa of the 1980s« in The Star (Johannesburg) vom 6. April 1979, S. 14 und »War and violence – the pattern for Africa in the 1980s, says U.S. report« in The Herald (Salisbury) vom 9. April 1979, S. 9.

12) Zum Begriff der Konkordanzdemokratie s. vor allem Arend Lijphart »Majority Rule versus Democracy in deeply divided Societies«, in Politikon (Pretoria) vol. 4 No. 2 (1977. 12), S. 113–126; Theodor Hanf und Heribert Weiland »Konkordanzdemokratie für Südafrika?« in Europa Archiv vol. 33 Nr. 23 (1978, 12), S. 755–770; Joachim Braun »Eine Alternative zur Apartheid« in Das Parlament (Bonn) vom 13. Januar 1979, S. 1 sowie die wichtigen Beiträge von André du Toit in Peter Randall (Hrsg.) »South Africa's Political Alternatives«, SPRO-CAS Publication, No. 10, Johannesburg, 1973.

abschiedete Verfassung zu respektieren. Die Rede ist hier also letztlich von je zwei unabhängig voneinander operierenden Polizeikörpern und Streitkräften.

Die wachsende Zahl der Radikalen auf beiden Seiten wird, so ist wohl zu befürchten, zu verhindern wissen, daß diese Vorstellungen der PFP jemals konsequent in die Tat umgesetzt werden. Den Weißen unter ihnen gehen sie zu weit, die Schwarzen unter ihnen fordern eben alle Macht im Staat für sich. Ferner scheint die Praktikabilität eines solchen, ursprünglich für die Österreichisch-Ungarische Doppelmonarchie, den Libanon, die Schweiz und die Niederlande entwickelten Herrschaftssystems in Südafrika alles andere als unproblematisch zu sein. Die Bevölkerung Südafrikas ist eben um ein Vielfaches heterogener als die der genannten Staaten.

3) *Alternative Modelle*

Nach alledem erscheint nur zu verständlich, wenn die PFP zumindest in innerparteilichen Zirkeln über alternative Strategien debattiert. Für den in meinen Augen wahrscheinlichen Fall, daß die kommenden Jahre in Südafrika von seiten der Schwarzen Revolten eines bislang unbekanntes Ausmaßes und von bislang unbekannter Dauer sowie entsprechend entschlossene Reaktionen Pretorias bringen werden, bietet sich letztlich auch in den Augen der südafrikanischen Liberalen kein anderer Ausweg als der einer geographischen Teilung des Landes nach dem Vorbild des heutigen Zyperns an. Gedacht ist hier allen übergroßen ökonomischen und politischen Widerständen zum Trotz an die Schaffung eines größeren, von den Ressourcen her viel reicheren Staates der Schwarzen und eines von ihm völlig unabhängigen, entsprechend kleineren und ärmeren Staates der weißen/braunen Afrikaner. Leider gilt eben in Südafrika wie in anderen Krisenregionen, daß gute Zäune gute Nachbarn machen!

Solche Modelle einer geographischen Aufteilung Südafrikas¹³⁾ (incl. der Umsiedlung von Millionen von Menschen innerhalb Südafrikas) werden heute nicht nur innerhalb *afrikaanser* Kreise der PFP, sondern, auch eingangs wurde darauf bereits hingewiesen, in liberalen und *verligten* Zirkeln der Regierungspartei NP diskutiert. So steht zu befürchten, daß – mit Unterstützung der liberalen Südafrikaner wie auch ihrer braunen und schwarzen Verbündeten – der oben bereits erwähnte südafrikanische Führer von der Autorität Charles de Gaulles gegen den Widerstand der weiß- und schwarzafrikanischen Radikalen nur in der Teilung des Landes den Ausweg aus dem südafrikanischen Dilemma wird suchen können.

13) S. dazu Jürgen Blenck und Klaus Frhr. von der Ropp »Republic of South Africa: Is Partition a Solution?« in The South African Journal of African Affairs (Pretoria) vol. 7 No. 1 (1977), S. 21–32. S. zu den südafrikanischen, deutschen und übrigen Reaktionen auf diese Arbeit die in Anm. 8) genannte Studie. S. ferner den demnächst durch das South African Institute of International Affairs/Braamfontein zu veröffentlichenden Beitrag »Models Of Partition« des liberalen Südafrikaners Gavin Maasdorp. Vgl. weiter Harry Schwarz »I'm in the PRP/I will tell you how partition could work . . .« in Sunday Times (Johannesburg) vom 7. August 1977, S. 15.

VI Die Erwartungen der PFP von der Rolle des Westens

Nicht anders als INKATHA, die Labour Party und die Reform Party, so erhoffen sich auch die in der PFP organisierten weißafrikanischen Liberalen zumindest eines von den Liberalen der westlichen Länder: eine intensive Beschäftigung mit den Problemen ihres Mehrvölkerstaates wie auch eine sorgfältige Analyse ihrer eigenen Lösungsvorstellungen. Jede wirkliche Unterstützung ihrer Vorstellungen würden die PFP und ihre politischen Freunde als einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme Südafrikas wohl geradezu euphorisch begrüßen. Ihnen ist eben nicht mit vagen und konturenlosen Formulierungen oder der anderen politischen Lagern nicht selten eigenen, weitgehenden Identifizierung mit den Interessen eines der Kontrahenten beizukommen.

Voraussichtlich wird insbesondere die westdeutsche Öffentlichkeit schon binnen kurzem so sensibel auf alle hier zu Südafrika getroffenen Entscheidungen reagieren, wie dies bei der Diskussion des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrats und dessen Sonderfonds innerhalb der EKD bereits seit Jahren der Fall ist¹⁴⁾. Hier steht innen- wie auch außenpolitisch eben sehr vieles auf dem Spiel. Das gilt selbst dann, wenn man nicht Egon Bahr folgt, der in dem bereits erwähnten Interview mit dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt ausführte, daß an der Südafrika-Frage ein dritter Weltkrieg ausbrechen könne. Nicht nur, aber gerade sie, die Wähler der liberalen Partei der Bundesrepublik werden hier engagiert sein und glasklare Aussagen der Partei fordern. Die PFP bietet sich der F.D.P. und ihren europäischen Schwesterparteien in überzeugender Manier als Partner bei der Lösung eines sehr gefährlichen Konfliktes an. Hier liegen Chance und Verantwortung der mit Fragen des südlichen Afrikas befaßten Liberalen westlicher Länder.

14) Dazu Reinhard Rode »Bonn und Pretoria: Lerndefizite und Lernerfolge in der Südafrika-Politik der Bundesrepublik« in Helmut Bley/Rainer Tetzlaff (Hrsg.), a.a.O., S. 88–120. S. weiter Rolf Dietrich Schwartz »Parteien zerstritten über Hilfe für Befreiungsbewegungen« in Frankfurter Rundschau vom 26. Januar 1979, S. 4.